

VOLKSWIRTSCHAFT

## „Macht mehr Schulden!“

Der Abbau der öffentlichen Verbindlichkeiten gilt gemeinhin als erstrebenswertes Ziel – nicht aber für Carl Christian von Weizsäcker. Der Bonner Ökonom plädiert dafür, dass die Bürger dem Staat noch mehr Geld anvertrauen.

*Im Koordinatensystem der Ökonomie lässt sich Carl Christian von Weizsäcker schwer einordnen. Im Grunde ist der Volkswirtschaftsprofessor ein Liberaler; er vertraut der Kraft des Marktes und des Wettbewerbs. Aber wenn Weizsäcker das Schuldenmachen preist, dann klingt er wie ein hartgesottener Keynesianer. Seine Offenheit bringt ihn auf unkonventionelle Gedanken; darin ähnelt er sei-*

*nem Lehrer, dem 2009 verstorbenen Ökonomen Paul Samuelson. Weizsäcker, 75, leitete die deutsche Monopolkommission, heute arbeitet er am Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern in Bonn. Er stammt aus prominenter Familie: Sein Vater Carl Friedrich war Physiker und Philosoph, sein Onkel ist der Altbundespräsident Richard von Weizsäcker.*

**SPIEGEL:** Herr Professor, viele Sparer sind ratlos, die Zinsen sinken, die Inflation frisst jeden Zuwachs auf. Wie lange geht das so weiter?

**Weizsäcker:** Die Zinsen können noch eine ganze Weile auf diesem Niveau verharren. Das hängt damit zusammen, dass sich in den Industrieländern die Altersperiode, also die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben, auf mittlerweile rund 20 Jahre ausgedehnt hat. Das ist zwar erfreulich, aber es bedeutet auch, dass jeder mehr für das Alter vorzusorgen hat. Wer 40 Jahre im Beruf war, muss rund ein Drittel seines verfügbaren Einkommens sparen. Diese enorme Sparleistung ist letztlich dafür verantwortlich, dass die Zinsen so niedrig sind.

**SPIEGEL:** Wir dachten, die lockere Geldpolitik der Zentralbank drücke das Zinsniveau?

**Weizsäcker:** Das ist die herkömmliche Auffassung; sie beruht auf der Annahme, dass Kapital knapp ist. Wir sind heute aber in einer besonderen Situation. Es hat sich ein Überhang privater Ersparnisse gegenüber Investitionen aufgebaut: Wir werden immer älter, wir sparen immer mehr, aber es gibt nicht genügend Möglichkeiten, das Kapital zu investieren. Die Sparer stehen sich sozusagen gegenseitig im Wege. Und wenn das Angebot groß ist, also viel Kapital zur Verfügung steht, dann sinken die Preise, in diesem Fall die Zinsen.

**SPIEGEL:** Liegt es nicht mehr in der Macht der Zentralbank, die Zinsentwicklung zu steuern?

**Weizsäcker:** Ich halte diese Vorstellung für überholt. Der Wirtschaft mangelt es nicht an Mitteln, es gibt keinen Engpass bei der Finanzierung von Investitionsvorhaben. Die Kreditinstitute wissen doch gar nicht, wohin mit dem Geld. Sobald ein Unternehmer dem Banker nachweisen kann, dass er Absatz hat, bekommt er leicht einen Kredit.

**SPIEGEL:** Sind die Bedürfnisse gesättigt, haben wir die Grenzen des Wachstums erreicht?

**Weizsäcker:** Das glaube ich nicht. Es gibt genügend Leute, die den Euro dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben. Das Problem ist vielmehr, dass moderne Volkswirtschaften weniger Kapital benötigen, weil Dienstleistungen eine zunehmende Bedeutung gewinnen. Wer heute in eine Unternehmensbilanz schaut, der wird feststellen, dass selten mehr als ein Jahresumsatz an Kapital gebunden ist. In der IT-Branche etwa wird überwiegend in Produkte investiert, die sich schnell bezahlt machen und nicht erst nach zehn Jahren, wie es im klassischen, produzierenden Gewerbe oft der Fall ist. Wie viel Kapital benötigt ein Rechtsanwalt oder eine Werbeagentur? Sehr wenig.

CHRISTOPH FANSCHE/DER SPIEGEL

**SPIEGEL:** Wenn Ihre Theorie zutrifft, dann dürfte sich das Problem verschärfen: Die Gesellschaft wird älter und spart mehr, und die Dienstleistungswirtschaft benötigt immer weniger Kapital. Sehen Sie einen Ausweg?

**Weizsäcker:** Der Staat sollte die Lücke ausfüllen. Er kann die privaten Ersparnisse aufnehmen, die die Bürger für ihre Vorsorge bilden. Er ist die letzte Instanz, die eine sichere Kapitalanlage bietet. So könnte es gelingen, wieder ein Gleichgewicht zwischen dem Sparangebot und der Sparnachfrage herzustellen.

**SPIEGEL:** Deutschland hat doch schon jetzt mehr als zwei Billionen Euro Schulden angehäuft. Dazu kommt noch eine mindestens doppelt so hohe Summe an Ansprüchen auf Renten- oder Pensionszahlungen, für die keine Rücklagen gebildet werden. Wäre es nicht eher an der Zeit, dass der Staat Schulden abbaut, auch im Interesse künftiger Generationen?

**Weizsäcker:** Ich glaube, wir müssen hier grundsätzlich umdenken. Die Staatsverschuldung zurückzuführen ist nicht unbedingt sinnvoll. Deutschland ist weit entfernt von einer Staatspleite, obwohl der Staat solch hohe Verbindlichkeiten hat.

**SPIEGEL:** Und weil es bisher gutgegangen ist, folgern Sie, dass man alle Zügel fallen lassen darf?

**Weizsäcker:** Mein Plädoyer für die deutsche Volkswirtschaft jedenfalls lautet, vereinfacht gesagt: Macht mehr Schulden! Solange der Zins bei null liegt und die Wirtschaft wächst, gibt es im Grunde keine Grenze. Dann sollte der Staat sich weiter verschulden und mit dem Geld beispielsweise die Infrastruktur erneuern. Eine stärkere Verschuldung hätte noch einen weiteren Effekt: Sie würde die Konjunktur im Euro-Raum beleben. Das zahlt sich für den deutschen Fiskus aus, denn dann wäre weniger Hilfe nötig, um den Euro zu stabilisieren.

**SPIEGEL:** Aber die Zinsen bleiben doch nicht ewig so niedrig. Wenn sie wieder steigen, wird das Land vom Schuldendienst regelrecht erdrückt und verliert jeden Handlungsspielraum, zumal die Bevölkerung schrumpft.

**Weizsäcker:** Natürlich gibt es Staaten, die zu viele Schulden aufgehäuft haben, dazu gehört sicher Griechenland. Aber dennoch muss jeder Staat beim Zurückfahren der Verbindlichkeiten vorsichtig sein. Diese Strategie kann Beschäftigung kosten und der Volkswirtschaft Schaden zufügen. Davor hat schon vor mehr als 80 Jahren der britische Ökonom John Maynard Keynes gewarnt.

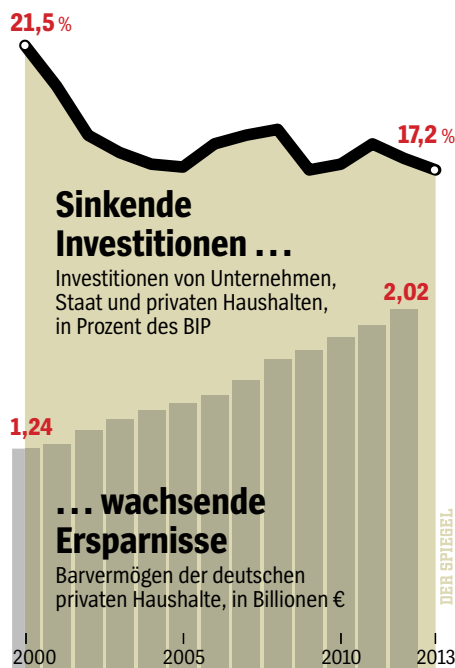
**SPIEGEL:** Keynes fordert nicht nur, in schlechten Zeiten die Staatsverschuldung auszuweiten, sondern auch, sie in guten Zeiten wieder zurückzuführen. Diesen Teil vernachlässigen Sie in Ihrer Theorie.

**Weizsäcker:** Keynes' These war darauf gerichtet, die Konjunktur zu beeinflussen,

meine These zielt auf eine längerfristige Entwicklung ab. Nehmen Sie eine Bank, die im 19. Jahrhundert gegründet wurde. Seitdem hat sie praktisch nie ihre Schulden zurückzahlen müssen. Zwar hat jeder Kunde, der dies wollte, seine Einlage ausgezahlt bekommen. Aber dem Institut flossen immer neue Einlagen zu, die Bilanzsumme ist stetig gestiegen. Heute hat die Bank mehr Schulden denn je, aber offensichtlich funktioniert das System. Es ist eine verkehrte Vorstellung, eines Tages müsse man all seine Schulden zurückzahlen.

**SPIEGEL:** Sind Schulden zu Unrecht negativ besetzt? Eigentlich gilt doch Sparsamkeit als Tugend.

**Weizsäcker:** Für den einzelnen Menschen trifft das sicher zu, zumal seine Lebenserwartung steigt und er, gemessen an seinem Einkommen, mehr sparen muss. Beim Staat verhält es sich anders: Öffentliche Schulden sind zugleich auch privates



Vermögen. Das hat sich historisch entwickelt: Der Sozialstaat basiert seit der Bismarck-Zeit auf dem Prinzip individueller Ansprüche gegenüber dem Staat. Die Summe dieser Ansprüche ist aufgrund des demografischen Wandels stark gewachsen. Der Staat ist der einzige Akteur, der sie bedienen kann: Er kann sich immer weiter verschulden, weil er als Einziger in der Lage ist, Sicherheit zu versprechen.

**SPIEGEL:** Fragt sich nur, ob die Bürger dem Staat trauen dürfen. Wie soll das auf Dauer funktionieren?

**Weizsäcker:** Die Zentralbank müsste eine neue Funktion ausfüllen. Heute achtet sie unter anderem auf die Verschuldung. Künftig sollte sie anstreben, den Realzins, also den Zins abzüglich der Inflationsrate, bei null zu halten, jedenfalls niedriger,

als die Volkswirtschaft wächst. Solange dies der Fall ist, kann ein Staat mehr ausgeben als einnehmen.

**SPIEGEL:** Mit Verlaub, das klingt nach einem Schneeballsystem, so etwas ging noch nie gut. Irgendwann wurde die Situation bereinigt, und zwar schmerzhaft: als Staatsbankrott oder mit einem Währungsschnitt.

**Weizsäcker:** Bedenken Sie, dass wir es heute mit einem neuen Phänomen zu tun haben: Die Lebenserwartung war noch nie so hoch. Vor hundert Jahren sind die Menschen im Schnitt zwei Jahre nach dem Berufsausstieg gestorben. Sie haben weit weniger für das Alter gespart, Kapital war knapp, der Bedarf der Wirtschaft hoch. Heute dagegen gibt es mehr Ersparnisse als Investitionsbedarf, deshalb sinken die Zinsen. Dieser Trend lässt sich weltweit beobachten. Die Lebenserwartung in den Schwellenländern steigt schneller als in Europa. Deshalb erwarte ich, dass die angekündigte Zinswende ausbleiben wird und die Staatsschulden weiter wachsen können. Solange die Zinsen so niedrig sind, geht von steigenden Schulden keine Gefahr aus.

**SPIEGEL:** Das funktioniert doch nur, solange ein Staat glaubhaft machen kann, dass er zur Rückzahlung der Verbindlichkeiten in der Lage ist. Wenn Zweifel auftauchen, kauft ihm niemand mehr die Anleihen ab, höchstens mit einer saftigen Risikoprämie. So war es in Griechenland, Portugal und Spanien.

**Weizsäcker:** Das ist richtig. Wenn der Privatmann oder Unternehmer zur Bank geht und sich Geld leiht, muss er eine Sicherheit bieten. Der Staat braucht das nicht. Es genügt, dass er auf künftige Steuereinnahmen verweisen kann.

**SPIEGEL:** Dazu mögen Deutschland oder die Schweiz dank ihrer robusten Volkswirtschaft gegenwärtig in der Lage sein. Andere Staaten in Europa aber sind es nicht.

**Weizsäcker:** Das ist meine große Sorge. Schon Frankreich kann kaum mehr glaubhaft erklären, es werde im Notfall einfach die Steuern erhöhen. Dazu ist der Staatsanteil in seiner Volkswirtschaft zu groß.

**SPIEGEL:** Geben Sie mit Ihrer Theorie der Politik nicht ein fatales Signal nach dem Motto: „Bedient euch, die Kassen sind voll“?

**Weizsäcker:** Diese Gefahr ist tatsächlich gegeben, und das missfällt mir auch. Ich bin ja überhaupt kein Linker. Ich möchte lieber den Staatsanteil schrumpfen, als ihn auszudehnen. Aber was hilft mir meine liberale Anschauung, wenn wir die Konjunktur gefährden, nur weil wir auf Teufel komm raus die Staatsverschuldung herunterfahren wollen? Da bin ich lieber pragmatisch.

INTERVIEW: ALEXANDER JUNG, ARMIN MAHLER